

## Rechnung Stadt Zürich 2014 - Schamlose rote Politik

«Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen muss.» Dieser Spruch Mark Twains passt exemplarisch zur Politik der rot-grünen Stadtzürcher Regierung und den sozialistischen und linkssinnigen Politikern im Gemeinderat.

Um es deutlich zu sagen: Die linke Regierung lebt und bedient sich schamlos auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten des in der Privatwirtschaft beschäftigten Mittelstandes, auf Kosten des Gewerbes und insbesondere auf Kosten der nächsten Generation. Allein das Fremdkapital, auch Schulden genannt, stieg seit 2005 von CHF 7.7 Milliarden um schier unglaubliche 1.8 Milliarden auf CHF 9.5 Milliarden. (9'500'000'000) an. Aber weit gefehlt, das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange – für 2015 sind Mittelaufnahmen von weiteren 850 Millionen Franken geplant.

Allein die Zinsen für die Schuld der Stadt Zürich gegenüber der Pensionskasse betragen seit 2005 rund CHF 200 Millionen. Ein 2005 von der SVP eingereichtes und überwiesenes Postulat zur Reduktion der Zinslast wurde vom Stadtrat schlicht nicht umgesetzt. Es wäre gemäss Stadtratsbeschluss 1160/1994 schon längst ein Gläubigertausch oder eine Umschuldung zu wesentlich tieferen Konditionen möglich. Aber das will die Stadt wohl ganz bewusst nicht. Sie setzt die Mittelaufnahmen lieber für die Bevormundung und Umerziehung der Bürger ein. Zum Vergleich: Um die auf Basis der nach der Amortisation 2015 bestehenden Schuld von noch rund CHF 260 Millionen selbe Rendite von rund CHF 10.5 Millionen mit sogenannten sicheren Anlagen zu erzielen, müsste die Pensionskasse der Stadt Zürich am Markt über CHF 1 Milliarde anlegen. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse stünde heute auf ganz anderen Füßen. Eine gegenüber der Privatwirtschaft weit höhere Verzinsung der Pensionskassen-Guthaben wäre so kaum möglich gewesen. Die SVP will den Angestellten nichts wegnehmen, aber solche Aspekte müssen in Fragen der Total-Kompensation und der Anstellung von städtischen Angestellten endlich öffentlich auf den Tisch gelegt werden.

Und nun wird den Bürgern, den Wählern und den Steuerzahlern dieser Stadt ein Defizit von CHF 57 Millionen als Erfolg verkauft und von allen Parteien dieses Parlaments ausser der SVP, jenen die ohnehin immer mehr ausgeben wollen als sie einnehmen und jenen, die alljährlich behaupten keine Defizite mehr zu wollen, durchgewinkt werden. Auch Sie müssten rot werden, geschätzte Parlamentarier der Sparkoalition, zumindest im Gesicht!

Der Stadtrat hat in der Wahrheit überhaupt nicht gespart, im Gegenteil!

Allein die folgenden, vom Stadtrat nicht beeinflussbaren, Sondereffekte führten zu Verbesserungen: Flughafen-Aktie CHF 50 Mio. Steuerertrag, juristische Personen CHF 52 Mio. und Auflösung Rückstellung Neubewertung Übertragungsnetz ewz netto CHF 40.3 Mio. Das ergibt zusammen CHF 142.3 Mio.. Rechnet man noch die zusätzlichen Entgelte von CHF 23 Mio. exklusive Gemeindebetriebe hinzu, liegen die Zusatzeinnahmen bereits bei CHF 165.3 Mio. Zur Erinnerung: Das budgetierte Defizit inklusive Zusatzkredite lag bei CHF 213.4 Mio.

Die ganz grosse Verhöhnung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zeigt sich einmal mehr an einem im Verhältnis kleinen Betrag. Im Budget 2014 wurden dem Stadtrat gegen den Willen der SVP CHF 500'000 als freier Kredit zugesprochen. Dieser grosszügige Betrag reichte aber nicht und wurde einfach überschritten. Selbstverständlich lässt man sich die Überschreitung von der Allgemeinheit bezahlen. Das ist umso schamloser, als dass sich die elitären neun Damen und Herren Stadträte in Zeiten knapper Finanzen, eines Sanierungsprogrammes, zunehmenden Arbeitslosenzahlen und tieferer Löhne in der Privatwirtschaft aus diesem Kredit selber ein Weihnachtessen für CHF 10'000 oder umgerechnet CHF 500 pro Kopf und Kehle genehmigten.

Die Rechnung 2014 führt zudem, wohl ungewollt, ganz unmissverständlich den negativen Effekt der Massenzuwanderung vor Augen. Lag der Steuerertrag von natürlichen Personen 2010 bei 385'463 Einwohnern noch bei CHF 1.45 Mrd. so waren es 2014 bei 404'783 Einwohnern, nur noch CHF 1.39 Mrd.. 20'000 Zuwanderer brachten also nicht mehr, sondern weniger Ertrag. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung sinkt somit um sage und schreibe 9 Prozent von CHF 3'761 auf 3'434. Die Schere zwischen Infrastrukturkosten (Strassen, OeV, Elektrizität, Sicherheit, Personal, Schule, Kinderbetreuung, etc) und den zugrundeliegenden Steuereinnahmen natürlicher Personen öffnet sich also immer mehr.

Für die SVP ist klar: Das Defizit der Stadt Zürich ist mehr denn je systemisch und aufwandsbezogen. Es grenzt schon an Galgenhumor, wenn die sozialistische rot-grüne Stadt Zürich zur Vermeidung des Bankrotts auf die Steuereinnahmen von den verhassten Banken, auf die Aktienkurssteigerungen des Flughafens, auf Grundstücksverkäufe und auf Bussen der Autofahrer, etc. angewiesen ist.

Wir halten es mit Thomas Jefferson, der in seiner Amtszeit sagte: «Das Prinzip, im Namen der Finanzierung Geld auf Kosten künftiger Generationen auszugeben, ist nichts als ein grossangelegter Betrug an der Zukunft.»

Wer über Jahre nicht in der Lage und auch nicht willens ist, das systemisch bedingte Risiko der Zürcher Stadtfinanzen auch nur annähernd zu verbessern, dem dürfen verantwortungsbewusste Politiker auch keine Décharge erteilen, auch wenn das Geld ohnehin schon ausgegeben ist.

Weitere Auskünfte:

**Gemeinderat Roger Liebi**, Mitglied der RPK, Telefon 079 787 45 77  
**Gemeinderat Martin Bürlimann**, Mitglied der RPK, Telefon 044 271 51 67  
**Gemeinderat Mauro Tuena**, Fraktionschef SVP, Telefon 079 414 55 51